

Der indisch-pakistanische Konflikt
ist derzeit der gefährlichste Brandherd der Welt

Alarmstufe Rot

Khalid Durán

Als im September letzten Jahres in Pakistan wieder einmal die Armee die Macht übernahm, wirkte nach außen hin alles wie bei der Machtübernahme der Militärs vor zwanzig Jahren. Deshalb war eine sarkastische Bemerkung des Dichters Faiz in aller Munde, der einmal gefragt wurde, welche Veränderungen er voraussehe. „Ich fürchte“, lautete die Antwort, „hier wird sich gar nichts verändern.“

Doch der Schein trügt. Die Machtergreifung von General Pervez Musharraf erfolgte eben nicht wegen der vordergründigen Symptome wie Korruption, sondern wegen tief greifender Veränderungen, die in jüngster Zeit spürbarer geworden sind. Geopolitische und gesellschaftliche Zwänge stellen die Pakistaner vor eine grundlegende Entscheidung: Entweder sie setzen den Kurs der letzten Jahre fort und werden zu einem zweiten Nordkorea, islamistisch statt kommunistisch, oder sie werden genau das Gegen teil, nämlich zur Vorhut des Kampfes gegen den neuen Totalitarismus (Islamismus), also analog zur Türkei. Das Lavieren auf einem Mittelweg scheint wenig aussichtsreich.

Die ohnehin äußerst kritische Polarisierung der Nation droht wegen dieser Frage bürgerkriegsähnliche Ausmaße anzunehmen. Diejenigen Pakistaner, die von „unserem

Frankenstein“ sprechen, meinen damit die Taliban, allerdings nicht nur jene in Afghanistan, sondern auch die Fanatiker im eigenen Land. Ohne Hilfe der Amerikaner werden sie diesen „Frankenstein“ kaum noch los.

Pakistan hat Afghanistan „talibanisiert“, um sich das Nachbarland botmäßig zu machen. Nun aber talibanisieren die afghanischen Verbündeten Pakistan. Der militärische Geheimdienst ISI schuf sich aus den zahllosen Waisenkindern unter den afghanischen Flüchtlingen eine Armee von „Seminaristen“ (Taliban), um das von Kriegsherren aufgespaltene Afghanistan unter einer Zentralgewalt zu vereinen. Natürlich sollte dieses neue Afghanistan unter pakistanischer Vormundschaft stehen. Die bald 150 Millionen Pakistaner mit ihrer beachtlichen Industrie benötigen einen Landweg zu den Märkten Zentralasiens – und der führt durch Afghanistan.

Neben militärischer Ausbildungstattete man die Taliban auch mit einer besonders engstirnigen Islamauffassung aus. Das taten die pakistanischen Drahtzieher nicht aus Überzeugung; dieses Vorgehen diente vielmehr als Mittel zum Zweck. Die Taliban wurden todesmutige Kämpfer, weil ihnen eingeschärft wurde, der Tod für Gottes Sache bringe mehr ein als das irdische Leben.

Bald schlossen sich den Taliban zehntausende von pakistanischen Jugendlichen an und auch Abenteurer aus etlichen arabischen Staaten. Sie lernten in Afghanistan, wie man Minderheiten tötet und sich rücksichtslos durchsetzt. Nach Pakistan zurückgekehrt, richtete manch einer von ihnen ein Blutbad an, dies vor allem unter den Schiiten, die zirka zwanzig Prozent der Bevölkerung ausmachen. „Unsere Kultur ist eine Kalaschnikow-Kultur“, heißt es in Pakistan bereits seit etlichen Jahren. Es vergeht kaum ein Tag ohne Gewalttätigkeiten zwischen ethnischen, politischen oder religiösen Gegnern. Je mehr die Taliban in Afghanistan an Boden gewinnen, desto lauter wird die Forderung, auch im „Mutterland“ Pakistan die Sünder auszurotten. Umgekehrt betrachtet die Mehrzahl der Pakistaner, die Landbevölkerung nicht ausgenommen, die Glaubensform der Taliban als sündhaft primitiv, und die pakistanische Bildungsschicht sieht in der Afghanistanpolitik ihres Landes einen Bumerang. In zahlreichen Ortschaften geben heute die zurückgekehrten Glaubenskämpfer den Ton an und springen mit der Bevölkerung so tyrannisch um wie die Taliban in Afghanistan.

Bei der Teilung des britischen Kolonialreiches hätte 1947 die Himalayaregion Kaschmir an Pakistan fallen sollen wie die anderen indischen Gebiete mit überwiegend muslimischer Bevölkerung. Heute fehlt es zumindest in der anspruchsvollen Presse Neu-Delhis nicht an Bestätigungen, dass die Kaschmiri sich von Indien lossagen. Die drei großen Flüsse Pakistans, Tschanab, Indus und Djelam (Jhelum), entspringen im indischem besetzten Kaschmir; dorther kommt das meiste Wasser des an einer Bevölkerungsexploration leidenden Landes.

Die pakistanische Armee ist auf die Befreiung Kaschmirs eingeschworen. Djihad-In-

ternationalisten aus aller Welt, die sich dabei hervortun möchten, sind willkommene Helfer (Djihad bedeutet Kampf zur Verteidigung der Glaubensfreiheit, doch manche Fanatiker meinen zur Aggression berechtigt zu sein). Auf der Suche nach Mitteln, bei den Pakistanern Anklang zu finden, haben die Islamisten sich zur Speerspitze dieses nationalen Anliegens gemacht, etwa durch die Entsendung von Freischärtern aus verschiedenen Ländern zum Kampf in Kaschmir.

„Frankenstein“, das heißt die pakistanhörigen Taliban und das Gros der islamistischen Freischärler, soll helfen, Kaschmir zu befreien. Das Ungeheuer mag abstoßend sein, doch die Soldaten sind geschult, so etwas zu ertragen, wenn es nur zum Sieg führt.

Die afghanischen Taliban und das Heer der Djihad-Internationalisten sind zwar zurzeit ein Störfaktor, der in Pakistan viel Ärger bereitet, bei einer Auseinandersetzung mit dem zahlenmäßig so ungleich stärkeren Indien stellen die Islamisten jedoch eine willkommene und kampferprobte Ersatzarmee dar.

In früheren Kriegen mit Indien sah sich die pakistanische Armee zwei Hindernissen gegenüber. Zum einen fehlte ihr die strategische Tiefe (Pakistan ist an einigen Stellen relativ schmal), zum anderen war Afghanistan mit Indien verbündet und drohte, Pakistan in den Rücken zu fallen. Diese Gefahren bestehen nun nicht mehr. Das talibanisierte Afghanistan bietet die zum Schutz der pakistanischen Luftwaffe notwendige strategische Tiefe für die „nächste Runde“ mit Indien. Dank chinesischer und nordkoreanischer Hilfe hat Pakistan Mittelstreckenraketen entwickeln können, die den indischen überlegen sein sollen.

Die unter General Musharraf's persönlicher Regie im April letzten Jahres erfolgte Entsen-

dung von Freischärlern nach Kaschmir bedeutete weiteren Aufwind für das pakistansche Militär. Die indische Presse feierte zwar den Abzug der „Eindringlinge“ von den Berggipfeln bei Kargil als einen Sieg, doch Militäranalytiker sehen in den Kämpfen vom Mai/Juni 1999 eine Blamage für Indien. Ohne den Druck aus Washington säßen die „Eindringlinge“ wahrscheinlich noch immer auf den Himalayahöhen, der halben Million indischer Soldaten in Kaschmir zum Hohn.

Statt Absegnung eine Absage

Im September kam es zur einer Sensation, als Sicherheitschef Khawaja Ziauddin in Washington vor einem Sonderkomitee des Abgeordnetenhauses eine völlige Umkehr der proislamistischen Politik ansagte. Die Amerikaner drohen seit mehreren Jahren, Pakistan auf die Liste der Terrorstaaten zu setzen. Als Chef des militärischen Geheimdienstes ISI entwarf Generalleutnant Ziauddin ein Bild der islamistischen Terrorszene, wie es schlimmer nicht sein konnte – und bat die Amerikaner um Hilfe zur Bekämpfung der „Heiligen Krieger“. Zur Belohnung für diese tollkühne Kehrtwendung beförderte Ministerpräsident Sharif den Generalleutnant zum Oberkommandierenden der Streitkräfte anstelle von General Musharraf. Offizierskollegen zwangen Ziauddin jedoch, er solle sich hinter Musharraf stellen. Nun sitzt der Generalleutnant ein und hat Glück, wenn er nicht hingerichtet wird.

Bei entsprechender Geheimhaltung hätte der Plan einer totalen Kursänderung – von islamistisch/isolationistisch hin zu säkularistisch/amerikanisch – durchaus zum Erfolg führen können, denn die Mehrheit der Pakistaner ist nach wie vor anti-is-

lamistisch, wie sich bei Wahlen immer wieder gezeigt hat. Professor Fatimi, ein international renommierter Historiker und liberaler Theologe, beschreibt die komplexe Situation mit folgenden Worten: „Pakistan ist genauso ein Minenfeld wie Afghanistan. Dort sind es die von den Russen hinterlassenen Minen, hier bei uns sind es die überall im Staatsapparat und in den Streitkräften auf Schlüsselstellen platzierten Islamisten, die sich nicht zu erkennen geben.“ Die Verwandlung in einen Frontstaat gegen den Islamistenterror fände die Zustimmung vieler Pakistaner, sie ließe sich jedoch nur mit außergewöhnlichem Geschick durchführen. Dem ISI wird die Verwandlung Afghanistans und Pakistans in einen Hort der Terroristen vom Schläge Bin Ladens angelastet. Wie konnte da ein ISI-Chef so gänzlich andere Töne anschlagen? Die Episode hat Ähnlichkeiten mit der indischen Propaganda, die den Erzfeind Pakistan aufwidersprüchliche Weise darstellt, je nach Bedarf. Moskau und Washington werden von Neu-Delhi gewarnt, Pakistan sei das Kernland islamistischen Terrors. Dagegen wird zum Beispiel dem Iran gegenüber völlig anders argumentiert.

Im Bemühen, Teheran auf seine Seite zu ziehen, behauptet Neu-Delhi von Islamabad, es agiere in der Region als Speerspitze des amerikanischen Kreuzzuges gegen den Islam.

Beides hat seine Richtigkeit, denn seit Jahrzehnten findet in Pakistan ein Ringen zwischen zwei gegensätzlichen Tendenzen statt. Von der Staatsgründung 1947 bis zum Militärputsch von 1977 herrschte die anti-islamistische Tendenz. Doch der 1971 an die Macht gekommene Ministerpräsident Ali Bhutto zielte auf wirtschaftliche Unterstützung aus Saudi-Arabien und machte deshalb den Islamisten Zugeständnisse. Zur

„Belohnung“ wurde er 1979 vom islamistischen General Zia ul-Haq erhängt. Als Bhuttos Tochter Benazir 1990 Ministerpräsidentin wurde, wollte sie die Uhrzeiger zurückstellen, woraufhin sie schleunigst aus dem Amt entfernt wurde. In ihrer zweiten Amtszeit steuerte sie noch stärker einen prowestlichen Kurs und erlaubte sogar dem CIA, zwei Pakistaner, die in den USA Terroranschläge verübt hatten, in Gewahrsam zu nehmen. Bald darauf wurde sie ein zweites Mal des Amtes entthoben.

Ihr Nachfolger Nawaz Sharif war einst ein Liebling der Islamisten. Deren Partei, die Jamaat, erzielte bei Wahlen nur knappe drei Prozent der Stimmen, forderte jedoch eine Machtbeteiligung von wenigstens dreißig Prozent. Als der Ministerpräsident darauf nicht einging, wurde er zum „Islamfeind“ Nummer eins abgestempelt. Der abgesetzte Nawaz Sharif wollte sich daraufhin „Franzensteins“ entledigen, und das wurde ihm – nicht zu Unrecht – als Verzicht auf Kaschmir ausgelegt. Damit blieb dem Ministerpräsidenten nur noch die Flucht nach vorn – in die Arme der Amerikaner.

Auswanderung als Unterwanderung

Im Juni 1999 ging Qazi Hussain Ahmad, Chef der Islamistenpartei Jamaat, auf USA-Reise, um unter „Pakistani-Americans“ Stimmung gegen Ministerpräsident Sharif zu machen. Auf amerikanischem Boden hielt sich Qazi noch einigermaßen zurück, doch kaum daheim angekommen, verkündete er lautstark: Die USA sollten gewarnt sein, dem Osama Bin Laden etwas zu Leide zu tun, sonst sei kein Amerikaner in der Welt mehr sicher.

Der noch immer einflussreiche Mirza Aslam Beg, früherer Armeechef, behauptete in der in London herausgegebenen Islamistenzeit-

schrift Impact International, die Inder hätten den Amerikanern in Kaschmir eine Militärbasis überlassen, um die Jagd auf Bin Laden zu erleichtern. Daraufhin demonstrierten Qazis Islamisten gegen Nawaz Sharif, bei denen selbst die weiblichen Parteikader gewalttätig wurden.

Qazis Vortragsreise in den USA war vom Islamic Circle of North America (ICNA) veranstaltet worden. Diese Vereinigung hat einen Stamm von fast 100 000 Pakistanern, die zur Zeit des Islamistendiktators General Zia ul-Haq in die USA und Kanada eingeschleust wurden und dort schnell zu Wohlstand gelangten. Vor ihrer Auswanderung nach Amerika erhielt sie von den gleichgeschalteten Universitäten noch glänzende Abschlusszeugnisse oder sogar Doktortitel. Mittlerweile gibt es bald mehr Parteigenossen in Amerika als daheim. Die Unbedarftheit der neuen Umgebung blieb ihnen nicht verborgen, und sie genossen es sehr, sich durch emsige Lobby-Arbeit US-Politiker zu verpflichten: Sie, die Islamisten, seien die Demokraten, mit reiner Weste, auf der Suche nach Hilfe im Kampf gegen die korrupten Diktatoren. Hierdurch haben sich auch die Clintons mehrmals irreführen lassen und an muslimischen Feiertagen Aktivisten solch extremistischer Vereine ins Weiße Haus eingeladen – als Vertreter des Islam.

Im stolzen Bewusstsein, in den USA Hebel ansetzen zu können, lassen sich die Islamisten von Drohgebärdern nicht einschüchtern. Steht ihnen keine Tür offen, suchen sie sich ein Fenster. So kam es zum Beispiel während der Amerikareise des Islamistenchefs nicht zu Gesprächen mit Regierungsvertretern; stattdessen wurde Qazi, der in Pakistan mit weltweiter islamistischer Revolution zu drohen pflegt, von John Borelli willkommen geheißen, dem

Vertreter der Katholischen Bischofskonferenz.

Die ständig Amerika verwünschenden Islamisten sind längst in den USA besser eingerichtet als anderswo in der Welt, und in unbedachten Momenten geben ihre Vertreter das auch zu. Im August 1999 fand in Chicago die Jahresversammlung einer islamistischen Lobby statt, die Einfluss auf die amerikanische Politik auszuüben sucht. Zurzeit betreibt das in Washington angesiedelte Islamic Institute massive Wahlpropaganda für George Bush, der zum emsigen Moscheebesucher geworden ist.

Umgekehrt klagen in Washington Außen- und Verteidigungsministerium über fehlenden Kontakt zum pakistanischen Militär. Wegen der gegen Islamabad vor einem Jahrzehnt verhängten Sanktionen bestünde zur neuen Generation pakistanischer Offiziere kein Kontakt. Man könnte meinen, heute verfüge ein General Musharraf über bessere Einflussmöglichkeiten in den USA als umgekehrt Präsident Clinton in Pakistan. Die Amerikaner wollten die Pakistaner benutzen, um die Russen aus Afghanistan zu verdrängen. Inzwischen ist klar geworden, dass die Pakistaner die Amerikaner benutzt haben, um sich Afghanistan botmäßig zu machen; denn das Afghanistan der Taliban ist ein Vasallenstaat Islambads.

Diese Verschiebungen wollen vielen Veteranen des Anti-Amerikanismus noch immer nicht einleuchten. So werfen Verschwörungstheoretiker in Pakistan und anderswo Washington vor, den Islamismus auf den Plan gerufen zu haben, um damit den aufmüpfigen Mittleren Osten zu geißeln. Dank des Fortschrittverhindernden Islamismus bleibe die Region von den reichen Industriestaaten abhängig. Wenn diese Theoretiker nur um die Banalität der

Entscheidungsmechanismen in Washington wüssten!

Zwischen „Frankenstein“ und Atatürk

Der neue Machthaber, Pervez Musharraf, ist kein Islamist, sondern ein Nationalist, doch bewegt er sich in einem islamistisch durchsetzten Umfeld. Als er von Atatürk als einem Vorbild sprach, kam von den Islamisten so gleich ein gewaltiger Aufschrei. Offiziell wurde seine Bemerkung dann als Höflichkeit gegenüber einer türkischen Delegation gerechtfertigt, doch die Islamisten trauen ihm nicht mehr.

Der General ist auf die „nächste Runde“ mit Indien fixiert, hat sich allerdings an die von den UN gegen das Taliban-Emirat verhängten Sanktionen gehalten. Das ist bemerkenswert, denn die Wirtschaft Afghanistans ist mit der Pakistans eng verflochten. Seit 1997 kann man kaum noch von einer Grenze zwischen den beiden Staaten sprechen. Karatschi, Pakistans Handelsmetropole, ist zum Seehafen des Binnenlandes Afghanistan geworden. Die Taliban exportieren hochwertiges turkmenisches Öl und importieren billigen arabischen Treibstoff für den Eigenbedarf. Der pakistanische Staat verzichtet auf Milliardenbeträge an Zöllen.

Aus Pakistan kamen bisher die Waffen und Militärexperten, die den Taliban zu ihrem Siegeszug verhalfen. Islamabad dürfte es nicht schwer fallen, dem Taliban-Spuk ein Ende zu setzen. Die Amerikaner müssten nur garantieren, in Kabul nicht etwa wieder einem pakistanfeindlichen Regime zur Macht zu verhelfen. Immerhin soll sich Pakistans neuer Machthaber den Amerikanern gegenüber bereit erklärt haben, die umgänglicheren Elemente unter der Taliban-Führung an die Macht zu bringen.

Gewiss kann er es sich kaum leisten, bei der Jagd auf Osama Bin Laden mitzuwirken. Der saudische Terroristenchef ist in manchen Kreisen Pakistans ein Volksheld. Ironischerweise befindet sich General Musharraf nun in einer ähnlichen Situation wie der von ihm gestürzte Premier Nawaz Sharif. Die USA, jahrzehntelang ein Quasi-Verbündeter, sind in den neunziger Jahren auf die indische Seite umgeschwenkt. Als Absatzmarkt ist Indien zehnmal so wichtig wie das marode Pakistan; ein Beweis dafür ist Präsident Clintons viertägiger Indienbesuch. Für den Aufenthalt in Islamabad wurden nur vier Stunden angesetzt.

Pakistan kann von Glück sagen, nicht auf die US-Liste der „Schurkenstaaten“ gesetzt worden zu sein. Streng genommen wäre das mit der Entführung einer indischen Verkehrsmaschine nach Afghanistan fällig gewesen, denn der von den Flugzeugentführern freigesetzte Masud Azhar ist ein pakistanischer Maulana (Geistlicher), der überall in Pakistan umjubelt wurde. Er ist geistliches Oberhaupt der Terroristen-Organisation Harkatul-Ansar. Die Gruppe (neuer Name Harkatul-Mujahidin) ist unter anderem für die Entführung von sechs Touristen im Jahr 1995 verantwortlich. Einer der Entführten, ein Norweger, wurde geköpft aufgefunden. Eine zweite Leiche ist jetzt als die des Briten Paul Wells identifiziert worden. Von dem Deutschen Dirk Hasert fehlt noch immer jede Spur.

Zu den militärischen Erfolgen der Guerilla in den letzten Monaten gesellen sich politische. Von der halben Million Pakistaner, die

in Großbritannien arbeiten, stammt rund die Hälfte aus Kaschmir. Diese Exil-Kaschmiri sind eine wichtige Devisenquelle für Pakistan. Musharrafs Militärregime kann es sich nicht leisten, sie zu verprellen. Die britischen Kaschmiri sammeln Millionenbeträge für den Befreiungskampf gegen die Inder. Will Islamabad sich ihr Wohlwollen erhalten, muss es Neu-Delhi gegenüber hart auftreten. Der erste Muslim im britischen Oberhaus ist ausgerechnet ein Kaschmirer. Der dynamische Lord Nazir Ahmad ist zwischen London, Mekka und Washington unermüdlich für die Befreiung seines Heimatlandes tätig.

Musharrafs Versuch eines Balance-Aktes ist wenig erfolgversprechend. Geht er in Kaschmir einen Schritt zu weit – etwa indem er den Islamisten von der Harkat zu viel Spielraum einräumt –, dann fordert er den Schulterschluss Indiens mit den USA. Kommt er jedoch Washington zu weit entgegen, indem er die Taliban und die Islamisten im eigenen Land an die Leine legt, läuft er Gefahr, von radikalen Offizieren aus seiner Umgebung gestürzt zu werden.

Viel Bewegungsspielraum hat Musharraf nicht. Die neuen Atommächte Pakistan und Indien riskieren in Kaschmir den Fortbestand ihrer Existenz.

Nach Auffassung von Fachleuten in Washington handelt es sich hier um den derzeit gefährlichsten Brandherd der Welt. Ihrer Meinung nach ist nirgendwo die Gefahr eines Atomkrieges so groß wie im indisch-pakistanischen Konflikt.